

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Philipp Mathmann (KV Münster)

Änderungsantrag zu WP-01-K2

Von Zeile 591 bis 596:

In Zeiten steigender Pflegekosten und Versicherungsbeiträge müssen wir

~~In Zeiten steigender Pflegekosten und Versicherungsbeiträge müssen wir auch~~zudem dafür sorgen, dass öffentliches und beitragsfinanziertes Geld in der Versorgung bleibt ~~und für die~~und so tatsächlich bei den Menschen ~~arbeitet~~ankommt. Wir wollen den Einfluss von Finanzinvestoren auf unsere Gesundheits- und Pflegeversorgung begrenzen. Eine Privatisierung und Profitorientierung von Gesundheitseinrichtungen birgt durch falsche Sparanreize in den Bereichen Infrastruktur, Ausstattung und Personal ein erhebliches Risiko für die Verschlechterung der Versorgungsqualität und Versorgungssicherheit. Deshalb wollen wir öffentliche und gemeinnützige Träger stärken und für eine bezahlbare

Begründung

Der Trend der letzten Jahrzehnte zeigt am Beispiel der Krankenhäuser deutlich, dass die Privatisierung und Kommerzialisierung des Gesundheitssystems durch nationale und internationale Konzerne bzw. Investoren zunimmt. Während 1991 noch lediglich 14,8% der Kliniken in privater Trägerschaft waren, sind es im Jahr 2022 bereits 39,9%. Dieser Trend ist gefährlich für die gesundheitsbezogene Versorgungssicherheit in Deutschland. ([Quelle 1](#))

Auswirkungen auf die Versorgung:

Eine zunehmende Privatisierung verringert die staatlichen Möglichkeiten, eine bedarfsorientierte Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Dies zeigt sich deutlich in der steigenden Zahl von Klinikinsolvenzen. Um dem unkoordinierten „Kliniksterben“ entgegenzuwirken, bedarf es einer besseren und strategischen Planung der Gesundheitsversorgung, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert. Da Gesundheitseinrichtungen eine kritische Infrastruktur für die Versorgung der Bevölkerung darstellen, ist es essenziell, den Einfluss privater, insbesondere internationaler, Investoren und Träger im Gesundheitssystem zu begrenzen.

Finanzgetriebene Sparmaßnahmen führen häufig zu einem Abbau von Personal, unzureichenden Investitionen in die Infrastruktur und einer Fokussierung auf profitablere medizinische Bereiche. Dies geht zulasten weniger lukrativer, aber gesellschaftlich notwendiger Versorgungsfelder, was zu gravierenden Versorgungslücken führt. Besonders betroffen sind aktuell Bereiche wie die Kinder- und Jugendmedizin, die Geriatrie und die Notfallversorgung. Diese Entwicklung verschärft die Ungleichheit im Gesundheitssystem, insbesondere zum Nachteil gesetzlich Versicherter, und gefährdet die flächendeckende Versorgung.

weitere Antragsteller*innen

Andreas Kratel (KV Münster); Ellen Bultmann (KV Münster); Nicolai Krybus (KV Münster); Thomas Reimann (KV Soest); Stefan Fontein (KV Steinfurt); Stefan Riese (KV Münster); Maja Becker (KV Borken); Peter Umlauf (KV Münster); Daphne Wurzbacher (KV Münster); Helle Sönnecken (KV Hochsauerland); Kristina Füchtjohann (KV Steinfurt); Veronika Jüttemann (KV Münster); Christine Dembinsky (KV Soest); Nadine Hartwich (KV Siegen-Wittgenstein); Matthijs Hölscher (KV Münster); Jens Steiner (KV Borken); Julia Osygus (KV Borken); Joyce de Frens (KV Borken); Philipp Rademacher (KV Bochum); sowie 91 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.